



# Prekarisierte jeder Herkunft, macht gemeinsame Sache!

Grundsatzpapiere des Fraktions- und Landesvorsitzenden  
der LINKEN, Rico Gebhardt

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>Pressemitteilung vom 18.3.2016</b>	<b>4</b>
<b>Wohin führen LINKE, die anderen und die Rechten? Jetzt in Sachsen zeigen, wie es in Deutschland humaner und fairer zugehen kann!</b> <i>März 2016</i>	<b>6</b>
<b>Sachsen und die Fluchtbewegung – auch DIE LINKE muss die Frage beantworten können: »Wo führt das alles hin?«</b> <i>Oktober 2015</i>	<b>9</b>

# Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Republik rückt nach rechts. Geflüchtete werden als Sündenböcke für Krisen und Probleme missbraucht, deren Ursachen seit Jahrzehnten bestehen und für die eigentlich die Regierenden verantwortlich sind. Humanistische Lösungen drohen ins Abseits zu geraten. Es geht um Antworten, realistische und lebensnahe. Unser Motto bleibt: Solidarität!

Ich trage Mitverantwortung für das, was wir in dieser Zeit gut und auch falsch machen, obwohl linke Politik eine Gemeinschaftsaufgabe ist. Ich habe zum Beispiel unterschätzt, wie stark die Zerstörung der sozioökonomischen Grundlagen in vielen Regionen Sachsens die Menschen verunsichert hat. Es ist unsere Aufgabe, Halt zu geben, nicht nur in finsternen Zeiten.

DIE LINKE ist und bleibt die Partei der sozialen Frage. Wir sind die einzigen, die die Reichen für den sozialen Frieden in die Verantwortung nehmen wollen – und das nicht nur auf der Ebene steuerlicher Umverteilung. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Idee von der Gleichheit freier Menschen mehr Zukunft hat als alle Ideologien der Aus- und Abgrenzung. Wir müssen aber ehrlich sein, auch zu uns selbst: Unsere Idee ist aus der Sicht vieler Menschen ihrem Alltag entflogen. Wir brauchen deshalb ein praktisches Update von »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« zum »Prekarierte jeder Herkunft, macht gemeinsame Sache!«

Wer die Verhältnisse ändern will, muss selbstkritisch sein – und bereit, auch sich selbst zu ändern. Für beides mache ich der interessierten Öffentlichkeit und meiner Fraktion in Grundsatzpapieren Vorschläge, die wir in dieser Broschüre dokumentieren. Es ist Zeit, dass alle wieder mehr miteinander statt übereinander reden. Ich stehe gern für Gespräche vor Ort zur Verfügung.

**Rico Gebhardt**

*Fraktionsvorsitzender*

## Pressemitteilung 164 / 2016

18.03.2016

Marcel Braumann, Pressesprecher

Sachsen

Tel.: 0351 - 4935823

Handy: 0171 - 8983985

Neues Strategiepapier des LINKEN Fraktions- und Parteichefs

Fax: 0351 - 4960384

### **Rico Gebhardt: LINKE muss Arbeiterschaft zurückgewinnen – deutscher Rechtstrend kann in Sachsen wieder gedreht werden**

**Rico Gebhardt, Fraktions- und Landesvorsitzender der LINKEN in Sachsen**, legt fünf Tage nach den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt sein Grundsatzpapier „[Aus der Mitte der Linken dem Rechtstrend die Stirn bieten – in Sachsen Weichen stellen, wie's mit Deutschland weiter geht](#)“ vor. Damit knüpft er an sein [Integrationspapier](#) vom Oktober 2015 an, „Sachsen und die Fluchtbewegung – auch DIE LINKE muss Frage beantworten können: Wo führt das alles hin?“

Der „Kulturkampf“ um die Migration in Deutschland habe seit Jahren in Sachsen seinen „Hauptschauplatz“ und von hier aus eine rechtspopulistische Bewegung in ganz Deutschland entfacht, deren Anführerin nicht zufällig Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag sei. Deshalb müsse es nun darum gehen, am Beispiel Sachsens zu zeigen, „wie der Trend nach Rechts (...) wieder gedreht werden kann: in Richtung eines humanistisches Leitbildes“.

Dabei habe die LINKE gerade auch in Sachsen eine besondere Verantwortung. Bei aller Vielschichtigkeit ihrer Anhängerschaft sei die eigene „Mitte“ eigentlich das Selbstverständnis als Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter. Doch gerade im Arbeitermilieu, ob erwerbstätig oder arbeitslos, artikuliere sich im Ergebnis einer doppelten historischen Enttäuschung mit dem „Arbeiter- und Bauernstaat“ und nach der Wende mit einer CDU, die Wohlstand versprach und soziale Unsicherheit brachte, „der Sozialprotest mittlerweile immer stärker mit rechten Vorzeichen“. Es sei daher jetzt die Hauptherausforderung der LINKEN, die Arbeiterschaft zurückzugewinnen.

DIE LINKE solle für „vier Garanten grundsätzlicher Gleichheit in unserer Gesellschaft“ verlässlich und offensiv stehen: Längeres gemeinsames Lernen an der Schule bis mindestens Klasse 8, eine Bürger\_innenversicherung für alle, solidarische Mindestrente und sanktionsfreie Mindestsicherung für alle. Gebhardt sieht „keine Flüchtlings-, sondern allgemeine Integrationskrise“, in der DIE LINKE nur mit einer für alle verständlichen Sprache wieder zu einer gefragten Ansprechpartnerin werden könne: „Die Akademisierung unseres Polit-Sprech ist abseits hochschulpolitischer Verlautbarungen breiter Meinungsbildung abträglich“.

Gebhardt ist davon überzeugt, dass sich im Zuge der Integration von Geflüchteten „die derzeitigen Krisen auflösen“ (lassen), „die wir ohne sie auch schon hatten“: durch einen „Bürokratieabbau von links“, mit dem Menschen in ungesicherten Arbeits- und Lebensverhältnissen von entwürdigenden Regeln befreit werden. Er führt damit sein [Plädoyer](#) „Prekarierte aller Länder, macht gemeinsame Sache!“ in der Rede auf dem letzten Landesparteitag in Neukieritzsch weiter. So will Gebhardt „mit Flüchtlingsfamilien Strukturschwäche überwinden“ und einen Beitrag

zur Überwindung der „Krise der Regionen“ leisten, denen die herrschende Politik das soziökonomische Rückgrat gebrochen habe.

Für linke Politik stehe der „Mensch im Mittelpunkt“. Deshalb begrüßt Gebhardt ausdrücklich die entsprechenden programmatischen Aussagen des diesjährigen 100. deutschen Katholikentages in Leipzig. Die „geschlossene Gesellschaft“ sei keine Alternative, da sie immer zu sozialer Ausgrenzung führe. Nachdem die sächsische Regierungskoalition sein wiederholtes Angebot eines „humanitären Grundkonsenses“ bei der Flüchtlingsaufnahme nicht angenommen hat, setzt Gebhardt nun auf die „gesellschaftliche ganz große Koalition des guten Willens, die von Wertkonservativen bis Linken reicht und Christen wie Atheisten umfasst“. Mit seinem Grundsatzzpapier möchte er einen Gedankenaustausch unterstützen, der „dem Ideal der Aufklärung folgend auf wirkliche Ursachen und Wirkungen“ schaut.

# **Wohin führen LINKE, die anderen und die Rechten? Jetzt in Sachsen zeigen, wie es in Deutschland humaner und fairer zugehen kann!**

*Von Rico Gebhardt, März 2016*

*Kurzfassung*

Es herrscht in Sachsen wie in ganz Deutschland keine »Flüchtlingskrise«, sondern eine soziale Krise, die mit »Globalisierung« schöngeredet wird. Sparkonten bringen den Menschen keinen Ertrag mehr. Von vielen Löhnen kann man kaum menschenwürdig leben. Die zu niedrigen Einkommen von heute verhindern nicht die Altersarmut von morgen.

In Sachsen stehen die wenigen wirtschaftlichen Leuchttürme und ihre Arbeitsplätze auf dem Spiel - Stichworte aktuell: Vattenfall, Bombardier, VNG, VW Sachsen usw. Immer mehr Rentnerinnen und Rentner wissen nicht, wie sie finanziell über die Runden kommen können. Viele Arbeitslose müssen sich gegenüber dem Amt »nackig machen«, während die Riesengewinne der Profiteure der Finanzkrisen geschont werden.

## **Mensch im Mittelpunkt, nicht »blinde Marktkräfte«**

Das ist das Ergebnis einer Politik, die scheinbar »blinden Kräften des Marktes« gehorcht und den Vermögen mehr dient als den Bedürfnissen. Ob Steuererleichterungen für großes Kapital oder die Schikanen von Hartz IV - CDU, SPD, FDP und GRÜNE haben dabei in den letzten Jahrzehnten leider tatkräftig mitgemacht. Ergebnis ist: Immer mehr Menschen trauen dem »System« nicht mehr über den Weg. Wir auch nicht!

Für uns LINKE steht nämlich der Mensch im Mittelpunkt. Der Mensch, der von seiner eigenen Arbeit leben muss. Der Mensch, der Anspruch auf eine Rente hat, die seiner Lebensleistung entspricht. Der Mensch, dessen Menschenwürde durch Arbeitslosigkeit und Hilfsbedürftigkeit nicht verletzt werden darf. Der Mensch, der vor Krieg und Not zu uns geflüchtet ist und für seine Familie und sich ein neues Leben aufbauen will.

## **Garantierte soziale Sicherheit, kein Leben in Angst vor Armut**

**Wir stehen ein für die vier Garanten grundsätzlicher Gleichheit in unserer Gesellschaft:**

- eine Schule für **alle** bis mindestens Klasse 8,
- eine Bürger\_innenversicherung für **alle**,
- eine solidarische Mindestrente für **alle**,
- eine sanktionsfreie Mindestsicherung für **alle**

Wir LINKE kämpfen dafür, dass keine Region als provinziell abgestempelt wird. Keine Gemeinde darf »abgehängt« werden. Die Ziele unserer Politik sind:

- Es muss überall gleich viele gute Gründe geben zu bleiben, nur andere.
- Jeder Ort in Sachsen muss attraktiv genug sein als Wohn- und Lebensort für Beschäftigte der gewerblichen Wirtschaft.
- Es darf im öffentlichen Personennahverkehr keine weißen Flecken geben.
- Flüchtlinge wollen wir als neue Landbewohner\_innen gewinnen.

## **Einheimische und Geflüchtete Hand in Hand für die Heimat**

Viele kennen noch »Die Kinder von Golzow«, die längste Dokumentation der Filmgeschichte. Die dadurch berühmt gewordene Schule in diesem brandenburgischen Dorf ist durch die gezielte Ansiedlung zweier syrischer Familien gerettet worden. Es gibt es auch bei uns in Sachsen die große Chance, bedrohte öffentliche Daseinsvorsorge mit Hilfe von Menschen, die zu uns kommen, zu bewahren und weiterzuentwickeln. Ein schönes Beispiel ist auch die ungarische Ärztin, die vom ehemaligen Bürgermeister aus Arzberg mit Mann und fünf Kindern in die Gemeinde »geholt« worden ist und so neben der Praxis auch noch die bedrohte Grundschule gesichert hat. Zugleich können so Regionen verjüngt und Nachwuchs nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die soziale Infrastruktur (z.B. Freiwillige Feuerwehr!) gewonnen werden.

## **Staat muss Menschen dienen, Befreiung von Bürokratie!**

Wir machen uns dafür stark, dass die Landespolitik planmäßig Gegenden in Sachsen dabei unterstützt, Flüchtlingsfamilien zu integrieren. Das klappt aber nur mit Bürokratieabbau, den unsere Handwerksbetriebe ebenso gut gebrauchen können wie alle Menschen, die »Kunden« der Jobcenter sind. Schon bisher umfasste die durchschnittliche Akte für Menschen mit Hartz-IV-Bezug sage und schreibe 650 Seiten. Es gibt keinen vernünftigen Grund, dieses System nun auf zu uns kommende Menschen zu übertragen, die oft schon nach wenigen Tagen in Deutschland mit mehr behördlichem Papierkram konfrontiert sind als zuvor in Jahrzehnten. Wir haben keine Geflüchteten-, sondern eine Bürokratiekrise.

## **Links oder rechts, die Frage heißt: Soziale Sicherheit oder Verunsicherung**

Bleiben die Flüchtlinge bei uns, können wir mit ihnen zusammen die sozialen Krisen auflösen, die unsere Gesellschaft ohne sie auch schon hatten. Dafür hat Angela Merkel zwar keinen Plan. Aber mit Druck von links – für soziale Sicherheit – können wir das schaffen. Druck von rechts stärkt dagegen mit der AfD nur eine Partei, die gegen den Mindestlohn ist, reiche Erben bevorzugen und die Arbeitslosenversicherung privatisieren will.

## **Friedenspolitik ist wirksamste Waffe gegen Fluchtursachen**

Nicht zu vergessen: Der Kampf gegen die Fluchtursachen geht uns also alle an! Syrien ist Spielball in einem brutalen Konflikt um den globalen Markt von Erdöl und Erdgas und politische Macht auf der Welt. Die Großmächte haben viel zu verlieren, hinzu kommen die Strippenzieher im Hintergrund. Wir bleiben dabei: Militärisches Mitläufertum der Bundesrepublik Deutschland verschärft die Fluchtursachen. Das gilt ebenso für Merkels Pakt mit dem demokratischen Despoten Erdogan, der die kurdische Bevölkerung bombardiert und den IS-Terror als heimlichen Verbündeten nutzt.



# **Sachsen und die Fluchtbewegung – auch DIE LINKE muss die Frage beantworten können: »Wo führt das alles hin?«**

*Von Rico Gebhardt, Oktober 2015*

## **Mehr Ausblick statt Rückblick**

Die Gesellschaft – auch in Sachsen – wird sich durch die vielen – vor allem aus Syrien – Geflüchteten verändern. Diese Aussage wird von denen im Freistaat, die die rechtspopulistische Radikalisierung vorantreiben, vorsätzlich falsch kommuniziert als Drohung »linker Kräfte«, mit Hilfe der Migrant\*innen der einheimischen Bevölkerung fremde Lebensweisen aufzwingen zu wollen, wobei dabei selbst Teile der CDU unter Links-Verdacht gestellt werden. In der Öffentlichkeit reduziert sich dann die Auseinandersetzung scheinbar auf die Frage: Bist du für oder gegen »Multikulti«?

## **Falsche Fragen, irreführende Gegensätze**

Mal ganz davon abgesehen, dass »Multikulti« ein Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen und nicht die Verfremdung der einen durch die anderen meint, ist selbst das nicht die Frage, um die es zurzeit mit Blick auf die Zukunft Sachsens geht. Daran ändern auch irrlichternde Äußerungen des Ministerpräsidenten nichts, der einerseits gegen Rassismus, andererseits gegen Multikulti und einerseits gegen Islam-Integration sowie andererseits gegen aggressive Ausgrenzung redet. Diese in der Summe wirren Wortmeldungen sind leider nicht Ausdruck politischer Richtlinienkompetenz, sondern verwirren einen Großteil der ohnehin beunruhigten Bevölkerung.

Letztlich hat Stanislaw Tillich momentan das gleiche Problem wie Angela Merkel: Das »Wir schaffen das«, das wir LINKE sogar unterstützen können, definiert sich vorwiegend in der Negation des Unmöglichen, der vollständigen Abschottung. Es geht leider nicht um den Anspruch, gesellschaftlich etwas Neues zu schaffen, das allen Mitgliedern dieser Gesellschaft, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, zugute kommt. Auch die wiederholten – surreal anmutenden –

Rufe des stellvertretenden sächsischen SPD-Ministerpräsidenten nach vorübergehendem Zuzugsstopp sind Ausdruck einer Denke, die sich in der Verwaltung des Unvermeidlichen erschöpft, das daher nicht zu groß werden dürfe, weil wir es dann nicht mehr schafften.

## **Nicht Lasten-Verwaltung, sondern Ermöglichung von Entwicklung**

Wir LINKE vertreten einen anderen Ansatz, den wir in der rund um den »Pegida-Jahrestag« zugespitzten politischen Diskussion viel deutlicher als bisher machen müssen. Ich glaube, wir müssen den parteipolitischen Wettbewerb um die besten Maßnahmenkataloge in der Flüchtlingspolitik, den tagesaktuellen Wettlauf um die plausibelsten Finanzierungsmodelle und den endlosen Streit um einzelne Organisationsfragen eine Weile zurückstellen, um uns darauf zu konzentrieren, worum es eigentlich geht.

Es geht nicht um die Verwaltung eines »sozialen Belastungsfaktors«, sondern um die Ermöglichung einer Entwicklung unserer Gesellschaft unter Berücksichtigung der Menschen, die nun in großer Zahl zu uns kommen. Nach einer Zeit, wo wir immer die Entwicklung einer schrumpfenden und älter werdenden Bevölkerung in Sachsen betrachtet haben. Die Herausforderung dieser Tage hat zwei Seiten: Einmal brauchen wir einen humanitären Grundkonsens über die Sofortmaßnahmen für eine menschengerechte Flüchtlingsaufnahme. Zelte gehören da definitiv nicht dazu – auch wenn sie beheizbar sind! Dazu gehört das bewundernswerte und unterstützungswürdige Engagement unzähliger Einzelpersonen und Initiativen im ganzen Land, die zum Teil schon seit vielen Monaten Geflüchtete bei ihren ersten Schritten hinein in unsere Gesellschaft begleiten. Sie sind die verkörperte lebendige Zivilgesellschaft. Alles, was ihnen dabei hilft, ist von staatlicher Seite aus zu tun. Viele Mitglieder der LINKEN sind hier mit vor Ort aktiv. Wir verstehen uns auch als Lobby der Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer, denn sie sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Geflüchteten und unserer Gesellschaft.

## **Arbeitsmigration aus Armutsregionen gesetzlich ordnen**

Natürlich braucht das – seit Jahrzehnten faktische – Einwanderungsland Deutschland endlich auch ein Einwanderungsgesetz. Ich meine damit vor allem ein Einwanderungsermöglichungsgesetz. Ausgerechnet die Konservativen, die

ständig ermahnen, die Themen Asyl und Migration auseinander zu halten, stehen bisher ordentlichen gesetzlichen Regelungen für Migration abseits des Asylrechts im Wege. Deshalb diskutieren wir in der LINKEN länderübergreifend an Vorschlägen für ein Gesetz, das u. a. die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses durch einen Aufenthaltstitel gewährleistet. Dies ermöglicht einerseits gerade mittelständischen Betrieben, vakante Stellen zu besetzen, und vor allem Menschen aus dem »Armutsgürtel« rund um die EU, ihre Lebensverhältnisse durch Arbeit in einem EU-Land selbsttätig zu verbessern.

## **Wir sind eine internationalistische politische Sozialversicherung**

Zugleich fragen viele Menschen »Wo soll das alles hinführen?« Sie erheben einen berechtigten Anspruch gegenüber der Politik, Antworten auf diese Frage zu bekommen. Wer wenn nicht DIE LINKE kann dazu glaubwürdige Antworten beisteuern? Denn diejenigen, die Geflüchtete eher als Konkurrenz und Bedrohung wahrnehmen, werden nicht auf Wirtschaftsverbände hören, denen ja nicht immer zu Unrecht unterstellt wird, es gehe ihnen auch um preisgünstige Arbeitskräfte. Sie werden sich wahrscheinlich auch weniger von den Grünen überzeugen lassen, die die höchsten Zustimmungswerte in bestimmten urbanen bürgerlichen Milieus finden, die von Migration beruflich wie persönlich objektiv eher profitieren.

Wir als LINKE haben den Widerspruch auszuhalten, dass wir prinzipiell internationalistisch sind, da sozialer Ausgleich in einem Land unabhängig vom Rest der Welt zum Scheitern verurteilt ist. Deshalb ist auch der real existierende Sozialismus als Projekt eines Teils der Welt innerhalb des Kalten Krieges mit dem anderen Teil der Welt wieder zusammengebrochen. Wir sind aber auch die politische Sozialversicherung derer, die sich durch entfesselte globale Mächte- siehe Tazziehen um TTIP- in ihrer sozialen Existenz bedroht sehen. Die Prekarisierten aller Länder in ihren Interessenlagen zusammenzuführen – vom sprichwörtlichen syrischen Pizzabäcker bis zur alleinerziehenden sächsischen Mutter – ist ein anspruchsvolles Projekt, für deren Bewältigung es kein Lehrbuch gibt.

## **Geflüchtete nicht nur als Opfer, sondern Aktive sehen**

Die Geflüchteten sind – das eint übrigens Syrer, Afghanen, Tunesier und Kosovo-Albaner – kämpfende Menschen. Sie sind Leute, die sich nicht mit ihrer Lage

und den Lebensbedingungen ihrer Familie abgefunden haben. Die derzeitige Flüchtlingsbewegung bewegt tatsächlich die Welt. Sie stellt den Zustand in den Herkunftsregionen ebenso in Frage wie die Verhältnisse in den Zielländern. Der Massenexodus aus Syrien beispielsweise ist wie eine – ansonsten unmögliche – Volksabstimmung über eine tödlich-hinterhältige Diktatur, islamistischen Terror und schier endloses Kriegstreiben. Er ist zugleich eine große außerparlamentarische Anfrage an die Befindlichkeit Deutschlands und Sachsens.

Wenn sich aber die Gesellschaft durch die Migration ändert, dann muss sich auch DIE LINKE ändern. Wir sind ja kein selbstzufriedener Außenposten, der selbstgerecht auf der Kanzel steht und dem Volk predigt, wie es die Welt zu sehen hat. Gerade als Landtagsfraktion der sächsischen LINKEN, die sich auf ihren jüngsten Parteitag dem fragenden Voranschreiten verschrieben hat, wollen wir ein Motor der Veränderung der Gesellschaft und damit auch von uns selbst sein. Ich spitze mal provokativ zu: Wenn die Migration den Status quo der Gesellschaft bedroht, dann bedroht sie zuvor bereits unsere eigenen liebgewordenen linken Gewissheiten, die wir gemäß dem Marx'schen Grundsatz, dass an allem zu zweifeln ist, auf den Prüfstand zu stellen haben.

## **Religion respektieren und laizistisch werden**

Wenn Menschen zu uns kommen, die sich überwiegend als in irgendeiner Weise religiös verstehen, dann müssen wir auch als LINKE über Religion reden. Und darüber nachdenken, ob es wirklich sinnvoll ist, die Theologie aus der Universität zu vertreiben, wenn man bedenkt, dass es gerade die theologischen Fakultäten sind, die in Glaubensgemeinschaften eher zum kritischen, aufklärerischen Potenzial gehören. Dann ist es vielleicht sinnvoll, nicht nur die bisherigen christlich orientierten Lehrstühle zu belassen, sondern mehr muslimische zu ermöglichen.

Gleichzeitig sollte aber die Trennung von Kirche und Staat, die es de facto in Deutschland so gar nicht gibt, gerade jetzt im öffentlichen Bereich als Trennung von religiösem und gesellschaftlichem Leben konsequent zur Anwendung kommen. Wer nicht bereit ist zu einem entschiedenen Laizismus, möge über religiös motivierte Schwimmverbote für Mädchen und Burkas schweigen. Wir sächsische LINKE bekennen uns seit Langem, auch wo es unpopulär zu sein scheint, zu einem klar laizistischen Gesellschaftsbild. Wer gegen das Tanzverbot am Karfreitag streitet wie wir, darf dann auch über die Nebenwirkungen des Ramadan auf Schule und Beruf reden.

## **Antifundamentalistischer Konsens zwischen Geflüchteten und uns**

Die Pointe der Debatte um die islamophoben Pegid- und anderen -isten ist aber, dass das Gros der in diesen Monaten Flüchtenden gerade den Folgen einer im Namen von Religion verübten Beeinträchtigung ihres Daseins zu entkommen trachtet. Es kommen Massen von Anti-Fundamentalisten zu uns, die Einschränkungen ihrer Freiheit durch lokale und zentrale Regimes, die sich in unterschiedlicher Weise auf Gott berufen, satt haben. Der Krieg ist gewissermaßen der grausame i-Punkt auf Jahrzehnten der Grausamkeiten durch Geheimpolizeien, gezielte Militäreinsätze, brutale Selbstbereicherung einzelner Clans usw. usf. Sie wollen die Freiheit haben, so zu leben, wie sie das für richtig halten. Ihnen daher latent zu unterstellen, dies laufe auf eine Gefährdung unseres Grundgesetzes hinaus, ist eine durch nichts zu rechtfertigende pauschale Diffamierung, die wir zurückweisen. Zur Ehrlichkeit gehört im Übrigen auch festzustellen, dass die Gleichberechtigung der Frauen und die Nichtdiskriminierung homosexueller Lebensweise der »christlich-jüdisch-abendländischen Tradition« auch nicht gerade in die Wiege gelegt worden ist, sondern das Ergebnis langer gesellschaftlicher Kämpfe und eines Sieges über die Macht religiöser Institutionen ist. Diese erkämpften Errungenschaften - die uns bisher noch nicht zufrieden stellen - werden wir uns von niemand wieder nehmen lassen. Nur mögen die schweigen, die bisher nie bereit waren, gesellschaftliche Veränderung auch in der Frage Gleichstellung zu akzeptieren.

## **Viele Geflüchtete finden vieles gut, was LINKE geschützt haben**

Wir LINKE sollten uns auch des klammheimlichen Ärgers darüber enthalten, dass es so viele Menschen gibt, die ein Land gut finden, an dem wir so vieles zu kritisieren haben. Denn das, was sie an unserem Land gut finden - Grundregeln von Sozial- und Rechtsstaatlichkeit - haben ja gerade wir immer gegen alle Versuche der weiteren Demontage verteidigt. Besonders auch in Sachsen, wo wir mehr als ein Dutzend Mal Grundrechte unserer Landesverfassung vor ihrer Beschädigung durch CDU-geführte Regierungen bewahrt haben - durch erfolgreiche Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof in Leipzig.

Nun weisen wir seit einem Vierteljahrhundert darauf hin, dass unterschiedliche Ost- oder West-Sozialisation auch in einer Partei zu sehr unterschiedlichen

Sichtweisen führen kann. Auf der Basis klarer gemeinsamer Grundsätze muss und soll daher – auch regionale – Pluralität blühen. Manchmal haben wir uns wahrscheinlich das Leben schwerer als nötig gemacht, weil wir zunächst infolge der gemeinsamen Muttersprache eine Nähe vermuteten, die nicht da war, wodurch dann die Unterschiede dramatischer gesehen wurden, als sie tatsächlich waren. Bei den äußerlich nun weit mehr Verschiedenen, die zu uns kommen, könnte es am Ende bei gutem Willen genau andersherum kommen: Dass die kulturellen Differenzen im praktischen politischen Leben doch weniger durchschlagen, weil wir alle Menschen sind ...

## **Geflüchtete in Formulierung linker Politik mit einbeziehen**

Deshalb sehe ich in vielen Geflüchteten künftige Mitstreiter/innen beim Erhalt und Ausbau eines soliden Fundamentes für ein soziales und demokratisches Sachsen. Unseren emanzipatorischen Grundsätzen entspricht es, nicht nur für, sondern vor allem mit Geflüchteten zu sprechen und sie darin zu bestärken, für sich und selbst mit anderen zu sprechen. Wir sollten daher Geflüchtete und natürlich auch die schon bei uns lebenden Migrant\*innen weit mehr als bisher in unseren politischen Diskurs mit einbeziehen. Dabei werden wir dann feststellen, dass die Aneignung der deutschen Sprache nicht automatisch dazu führen wird, dass wir alle unter jedem Wort immer das Gleiche verstehen werden. Ich verspreche mir von Neu-Linken in Sachsen aus dem Bereich der Fluchtbewegung, dass sie auch manche Verkrustungen, Verhärtungen und Verknöcherungen unserer Debattenkultur durch ihre Unbefangenheit von unseren internen Vorgeschiedenen aufbrechen.

## **Unsere Gesellschaft hat eine »Geschäftsgrundlage«**

Wir halten nichts von Leitkultur, aber umso mehr von Grundwerten. Jahrhunderte haben Menschen gegen Ausbeutung der Arbeitenden und für Rechte der Frauen gekämpft. Das Patriarchat ist für DIE LINKE keine verhandelbare Option, es gibt unumkehrbare Errungenschaften von Emanzipation, die wir verteidigen und noch weiterentwickeln wollen. Das gilt auch für die Akzeptanz sexueller Vielfalt und Respekt gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden. Toleranz gegenüber Intoleranz darf es nicht geben. Auf dieser Basis führen wir interkulturelle Dialoge. Eine Relativierung dieser Grundwerte von Aufklärung und Humanismus ist mit uns nicht zu machen. Regeln und Rituale, die dem zuwiderlaufen, sind aus unserer Sicht illegitim. Sachsen kann, soll und muss Heimat für die un-

terschiedlichsten Menschen sein, bleiben und werden. Das wird gelingen, wenn an der gesellschaftlichen »Geschäftsgrundlage« sowohl für Einheimische wie Migranten kein Zweifel besteht. Nachholbedarf an Information und Akzeptanz dieser Grundwerte ist im Übrigen bei Menschen in beiden Gruppen vorzufinden.

## **Gemeinsam mit Geflüchteten bestehende Parallelgesellschaften in Sachsen und anderswo überwinden!**

»Parallelgesellschaften«, das Schreckensbild der »Multikulti«-Gegner /innen, existieren entgegen landläufigem Vorurteil gänzlich unabhängig davon, ob man Schweinefleisch isst oder nicht, einen guten Wein trinkt oder lieber nur Saft, ob das Geschlechtsteil beschnitten wurde, den Kopf ein Kopftuch ziert oder nicht. Es hat ja auch noch niemand den Nachweis erbracht, dass eine Veganerin und ein Schweinshaxen-Fan nicht friedlich unter einem Dach leben können. Die sächsische Gesellschaft ist seit 1990 infolge von industriepolitischen Fehlsteuerungen, stadtplanerischem Versagen und einseitigen gesellschaftspolitischen Leitbildern, die als neue Heilslehre verkauft wurden, in zahlreiche Parallelgesellschaften zerfallen. Die Wissenschaft spricht von sozialer Segregation, und so liegen oftmals zwischen der Eigenheimsiedlung und dem Plattenbau-Viertel Weiten. Um nur ein Beispiel herauszugreifen und dabei zu betonen, dass es Plattenbau-Viertel gibt, in denen sich gut leben lässt. Und Eigenheimsiedlungen, in denen nicht mal mehr Kinder miteinander spielen (dürfen). Dass nun die Entstehung von neuen Parallelgesellschaften befürchtet wird, liegt einzig und allein daran, dass man unreflektiert annimmt, die Flüchtlinge würden nun allesamt geschlossene Unterabteilungen bereits bestehender »sozialer Ghettos« bilden. Das aber wäre eine Fortschreibung der falschen Politik, die uns bereits die bestehenden Parallelgesellschaften beschert hat. Unsere Alternative besteht aber gerade darin, gemeinsam mit den Geflüchteten daran zu arbeiten, die Inklusion in unserer Gesellschaft voranzubringen. Was etwa einem jungen Syrer ohne Schulabschluss weiterhilft, kann auch sächsische Schulabbrecher, von denen es bekanntlich viele gibt, ins Berufsleben hineinführen.

Dann spielt es keine Rolle, ob sich beispielsweise Araber nach Feierabend besonders gerne in einem bestimmten Café treffen (auch westdeutsche Leihbeamte etwa haben Anfang der neunziger Jahre sozialkommunikativ die Nähe untereinander gesucht, ehe sie entweder wieder zurückgegangen oder in der hiesigen Gesellschaft aufgegangen sind) und Billard- oder Fußballfreunde in einem anderen. Man kann ja heute schon in den sächsischen Metropolen beobachten, wie gemeinsame »Steckenpferde« interkulturelle Geselligkeiten befördern.

## **Das Soziale stärken, die Bürokratie schwächen!**

Solange die Approbation eines ausgebildeten syrischen Arztes, der den mörderischen Machenschaften der Geheimpolizei in Syrien entflohen ist, dadurch blockiert wird, dass er das verlangte polizeiliche Führungszeugnis aus Syrien nicht beibringen kann, haben wir noch eine Unmenge Bürokratie-Abbau vor uns. Wir LINKE müssen uns von der Befürchtung verabschieden, dass hinter jeder Deregulierung Neoliberalismus lauert. Auch die umstrittene »Vorrangprüfung« schützt keine deutschen Arbeitnehmer/innen mehr, aber behindert massenhaft Geflüchtete, die an der Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gehindert werden.

Genauso wichtig aber ist: Menschen, die aus Ländern ohne funktionierende Kranken- und Rentenversicherung, ohne intakte Krankenhäuser und soziale Infrastruktur kommen, wissen all solche Errungenschaften hierzulande- ungeachtet all ihrer Defizite- zu schätzen. Das ist gut so! Sie werden in ihrem Leben bei und mit uns, wenn wir sie lassen, langfristig mehr für die Sicherung dieses Sozialen beitragen als die Steuertrickser und -vermeider aus der ortsansässigen gehobenen Mittel- und Oberschicht. Die Geflüchteten bringen zudem oftmals, unabhängig von eigener Bedürftigkeit oder Leistungsfähigkeit, eine Bereitschaft zur gegenseitigen Solidarität mit, die auch wir in Sachsen für die Zukunft brauchen. Denn das Dogma des Egoismus, der indirekt das Gemeinwohl garantiere, wenn man ihn nur machen lasse, ist eine Irrlehre von gestern. Der Rückblick darauf lohnt nicht mehr, daher leisten wir uns den Blick nach vorn!

## **Demokratie- und Beteiligungsdefizit in den Mittelpunkt der Kritik stellen**

Nur ein einziger Volksentscheid in einem Vierteljahrhundert, abstürzende Wahlbeteiligungen und das Gefühl sehr vieler Bürger/innen, dass sie nur noch Manövriermasse von immer ferneren Verwaltungen in immer größeren Gemeinden und Kreisen sind – die »sächsische Demokratie« ist schwer krank. Es gibt ein weit verbreitetes Unbehagen und die landläufig herrschende Meinung, dass für die Bevölkerung relevante Entscheidungen nach undurchschaubaren Kriterien gefällt werden und die Kontrolle der Verantwortlichen nicht funktioniert. Auch das ist ein Grund dafür, dass unter solchen Bedingungen jede Veränderung – wie die Ankunft von Flüchtlingen – als verstörend empfunden wird. Deshalb sind die



Absenkung der Hürden der direkten Demokratie (dazu gehört die Reduzierung der Unterschriften-Quoren) und die Schaffung niedrighschwelliger Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger/innen ein zentrales Anliegen unserer Politik. Selbstverständlich reicht es nicht nur, mit dem Finger – berechtigt! – auf die CDU zu zeigen, die sich wie eine neue Staatspartei aufführt. Auch wir LINKE sind bereit zur selbstkritischen Auseinandersetzung mit der offenkundigen, langjährigen strukturellen Schwäche von Opposition in Sachsen. Denn so, wie es jetzt in Sachsen läuft, geht es nicht weiter! Zu einer besseren Demokratie in Sachsen gehört auch eine stärkere Opposition. Meine persönliche Empfehlung dazu an uns selbst: Wieder mehr Bodenhaftung und Offenheit zum alltäglichen Dialog!

## **Impressum**

Stand: März 2016  
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag  
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Titelbild: © gradt - Fotolia.com

### **Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag**

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden  
Telefon: 0351 493-5800, Telefax: 0351 493-5460  
E-Mail: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)  
<http://linksfraktion-sachsen.de>

*Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.*



**DIE LINKE.**

Fraktion im Sächsischen Landtag

[www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)